

Info-Gruppe der hannoverschen Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen

STELLUNGNAHME ZUM TREFFEN VON BÜRGERINITIATIVEN AM 7.5. IN HANNOVER

Am 22.4. fand in Hannover ein Treffen von AKW-Gegnern aus 20 Städten der BRD statt, auf dem über unsere Reaktion auf die Grohnde-Urteile beraten werden sollte. Zu Beginn gränzten sich fast alle Teilnehmer eindeutig von der Demonstration am 25.2. ab - trotzdem stand am Ende im Mittelpunkt der Diskussion der Vorschlag, am 20.5. in Hannover eine "bundesweite Großdemonstration" gegen die Prozesse durchzuführen. Dieser Vorschlag konnte sich allerdings nicht durchsetzen.

Am nächsten Treffen in Hannover nahmen AKW-Gegner aus 32 Städten der BRD teil. Dort trat eine starke Fraktion auf, die rigoros den Beschluß durchsetzte, nunmehr am 10.6. eine solche Großaktion in Hannover durchzuführen, und die - allen gegenseitigen Besserungen zum Trotz - eine Diskussion über den Vorschlag eines Arbeitstreffens der AKW-Gegner verhinderte. Die Befürworter dieses Vorschlags setzten sich darauf in einem anderen Raum zusammen und konkretisierten ihre Vorstellungen über ein solches Treffen, für das sie den 1./2.7. ins Auge faßten. (Die entsprechenden Protokolle sind auch zugesandt worden.)

Wir - das sind die verbliebenen Reste der Info-Gruppe, die die Informationsarbeit zu den Grohnde-Prozessen trägt, sich aber gerade in dieser Frage nach den beiden letzten Plena auf die große Mehrheit der hannoverschen AKW-Gegner stützen kann - wir also sind auch für ein solches Arbeitstreffen eingetreten, ohne daß wir allerdings unsere Begründung dafür ausführlicher darlegen konnten. Das wollen wir hier tun:

Die Frage, was wir wie gegen die Terrorurteile der Grohnde-Prozesse ausrichten können, ist für uns vor allen eine Frage nach der Situation der Anti-AKW-Bewegung. Aus unseren eigenen Erfahrungen und Diskussionen mit anderen BIS stellt sich uns die Situation wie folgt dar: .

1.

Der oberflächliche Eindruck von Abbröckeln und Resignation in der Bewegung muß genauer hinterfragt werden. Denn er steht im Widerspruch zu erfolgreichen Aktivitäten und positiven Erfahrungen einzelner BIS und zur spürbaren Bereitschaft vieler, gegen die Prozesse aufzutreten.

Diese Bereitschaft ist gerade nach den harten Schlägen, die wir mit den Grohnde-Urteilen einstecken mußten, gewachsen - und ist vielfach in ohnmächtige Wut umgeschlagen, weil uns nichts einfallen konnte, wie wir diese Terrorurteile wegputzen können. In dieser Situation war der Drang zu direkten Aktionen besonders stark - und der Zwang zu der Einsicht, daß wir die Urteile nicht auf die Schnelle durch gelungene Aktionen umstoßen können, besonders schmerzlich. Im Grunde genommen ist das ein ähnlicher Kampf mit uns selbst wie der mühsame Weg, auf dem wir nach Grohnde und besonders Kalkar zu der Einsicht kommen mußten, daß wir AKWs nicht gezielt durch militärische Aktionen verhindern können, sondern daß wir über eine ausdauernde Kleinarbeit den politischen Druck vergrößern müssen.

Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe sehr positiver Erfahrungen, seien es erfolgreiche Aktionen einzelner BIS, sei es das Anwachsen von Aktivitäten an den Standorten, an denen die Betreiber aktiv sind (Gorleben, Borken, Stade, Gronau, Dortmund). Über solche positiven Erfahrungen ist allerdings in der Bewegung kaum etwas bekannt - und gerade das scheint uns das Kennzeichnende der derzeitigen Situation zu sein: Daß Diskussion und Erfahrungsaustausch zwischen den BIS (bei uns sogar im örtlichen Rahmen) fast völlig zum Erliegen gekommen sind, daß jede BI sich allein mit ihren Schwierigkeiten herumschlägt, sich an bestimmten Aktionsformen festbeißt - womit die gelegentlichen Kraftakte zur Demonstration der eigenen "Stärke" die Ratlosigkeit hinterher noch weiter vergrößern.

2.

Im vergangenen Jahr waren es gerade die Großaktionen, die die örtliche Arbeit in Schwung brachten, dabei aber auf der anderen Seite aufbauen konnten auf die breite Diskussion und örtliche Arbeit, aus der sie ihre Stärke gewannen. Deshalb halten wir es für verwegen, jetzt ohne Grundlage eine Großaktion zu den Prozessen zu planen in der "Hoffnung, daß diese Großaktion an den Orten einen Aufschwung bringt, (wo) in Bezug auf die Prozesse noch nicht viel unternommen wurde". (Prot. 7.5.)

Der 25.2. hat das Gegenteil bewiesen - trotz der für uns erstaunlichen Teilnehmerzahl von (mal ehrlich!) 5000 Leuten: Weil diese Demonstration aus Ratlosigkeit und unter moralischem Druck zustande gekommen war und nicht aus einer breiten Diskussion entwickelt wurde, führte sie zum völligen Abschlaffen vieler Gruppen, die die Vorbereitung mitgetragen hatten und nach der Demo nicht mehr wußten, wie's weitergehen soll. Daß wir mit solchen Aktionen wie dem 25.2. sehr schnell die "breite Bereitschaft" kaputt machen können, und daß in der derzeitigen Situation Großaktionen, die die Anti-AKW-Bewegung voranbringen sollen, sehr ausführlicher und politisch breiter Vorbereitung bedürfen, darüber waren sich am 22.4. noch fast alle einig.

3.

Es sind sehr unterschiedliche Einschätzungen darüber vorhanden, was wir wie mit welchem Ergebnis gegen die Prozesse tun können. Die Diskussion darüber ist bisher regelmäßig durch die Planung von "Groß"aktionen unterbunden worden (19.11., 7.1., 25.2.). Nach nunmehr vier Monaten Prozessen halten wir es für unverantwortlich, diese Diskussion zugunsten einer Großaktion erneut auf die lange Bank zu schieben, zumal wir in unseren Aktivitäten mittlerweile hinter den Diskussionsstand vom Herbst zurückgefallen sind, als uns klar war, daß "der beste Schutz für die Angeklagten eine starke Anti-AKW-Bewegung" ist.

Das haben wir gesagt, aber fast nie praktiziert. Extrem umgeschlagen ist das in Hannover, wo wir seitweilig nur durch die Anti-AKW-Bewegung aufgetreten sind, wo in diesem Jahr 6 Demos gegen die Prozesse stattgefunden haben, und erst jetzt wieder die ersten Aktivitäten zu AKWs anzulaufen beginnen. Auf dem Hintergrund hat sich das hannoversche Plenum am 11.6. einheitlich dafür ausgesprochen, den Protest gegen die Prozesse praktisch mit dem Kampf gegen AKWs zu verbinden und weitere Großaktionen nicht in Hannover, sondern (langfristig) an AKW-Standorten vorzubereiten.

Diese Richtung einschlagen erscheint uns umso wichtiger, als man uns in den letzten vier Monaten eindeutig klargemacht hat, daß wir die Prozesse nicht verhindern und, wenn wir davor nur im kleinen Kreis gegen die Prozesse auftreten, -auch kaum Einfluß auf ihren Verlauf nehmen können.

Offenbar sehen das auch die Befürworter der Großaktion am 10.6. so, die daraus allerdings einen verworrenen Schluß ziehen: "Eine Großaktion von zig-tausend Leuten beeinflusst die öffentliche Meinung und die Gerichte können nicht ohne weiteres daran vorbei, auch wenn es nur dazu dient, Revisionenverfahren durchzusetzen." (Protokoll) Ist das unser neues Ziel: Revisionenverfahren durchsetzen? Das zeigt doch die Sach-gasse, in die diese ausschließliche Fixierung auf die Prozesse führt! Stattdessen sollten wir endlich begriffen, daß wir die Entwicklung zum Atomstaat, deren Ausdruck die Prozesse sind, durch Weiterführung und Verbreiterung des Widerstands gegen AKWs aufhalten müssen, zusammen mit anderen, nicht (mehr) in der Anti-AKW-Bewegung aktiven Kräften - und dadurch auch Druck auf die laufenden Prozesse ausüben können.

Unterstützung der Angeklagten und Konsolidierung der Anti-AKW-Bewegung - ein Widerspruch?

Von den Befürwortern der Großaktion am 10.6. wird uns entgegengehalten,

Die Empörung sei noch nie so groß gewesen wie jetzt nach den Urteilen, und Jens Scheer malt den 10.6. in leuchtenden Farben mit 50.000 ("oder ein paar zigtausend weniger") Teilnehmern und einem Bündnis von der Breite des Kalkar-Bündnisses. Das ist nichts als verbale Kraftmeierei!

Das vorn angerissene Problem der "breiten Empörung" hat sich am 7.5. in der gleichen Weise dargestellt: Tatsächlich nur 9 von 32 anwesenden Orten sprachen sich eindeutig für diese Aktion aus, der Rest (12) hatte diese Frage noch nicht diskutiert/ausdiskutiert, ~~was~~ sprach sich eindeutig dagegen aus (6) oder betonte die Wichtigkeit eines Arbeitstreffens, Aktionen zu Gorkleben oder der Verstärkung örtl. Aktivitäten, wobei z.T. ohne große Begeisterung gesagt wurde, man würde "mitmachen". Dies Bild ist keinen Deut anders als vor dem 25.2., der sich nur deshalb durchsetzen konnte, weil kein besserer Vorschlag dagegen stand und viele sich dem moralischen Druck nicht widersetzen konnten.

Das gleiche gilt für die "zigtausend" - glaubt wirklich irgendjemand an eine solche Zahl??? - und das "breite Bündnis". Am 7.5. wurden Termin, Aufruf und Programm für die Großaktion festgelegt, so daß es für die "Bündnispartner" nur noch darum gehen kann, sich einer fertigen Sache anzuschließen. Gerade daran sind aber vor dem 25.2. unsere Gespräche mit dem WSL und LBU gescheitert, die durchaus an einer gemeinsamen Aktion Interesse hatten, diese aber gemeinsam mit uns diskutieren, festlegen und vorbereiten wollten. Abgesehen von dieser richtigen Forderung nutzt es uns auch herzlich wenig, wenn der eine oder andere Verband seinen Namen hergibt, ohne sich an der gemeinsamen Aktion und Diskussion wirklich zu beteiligen. (wenn jetzt am 13.5. beschlossen wurde, Aufruf und Programm erst am 20.5. zu verabschieden, so ist das ein positiver Schritt, der allerdings unsere Skepsis bezüglich der Bündnismöglichkeiten wegen des enormen Zeitdrucks nicht ausräumt.)

Aus all dem folgt für uns, daß eine "Groß"aktion am 10.6. weder die Angeklagten wirksam unterstützen wird, weil es wieder einmal eine von örtlichen Aktionen/Diskussionen abgehobene Aktion ist, die in ihrer Größe und Wirkung beschränkt bleibt, noch die Anti-AKW-Bewegung voranbringen wird, weil sie nicht Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses ist und keine Perspektive über den 10.6. hinaus bietet.

Die Alternative für uns heißt nicht: Großaktion oder nichts tun (genau das steht hinter dem Vorwurf an uns, wir würden die Angeklagten hängen lassen!), sondern: Großaktion am 10.6. oder Schritte zur Konsolidierung der Anti-AKW-Bewegung unternehmen, um dadurch die Angeklagten zu unterstützen und ggfs. Grundlagen für eine sinnvolle Großaktion zu schaffen. Das hannoversche Plenum vom 4.5. hat sich deshalb (bei einer Gegenstimme) gegen eine Großdemonstration jetzt in Hannover und für die Vorbereitung eines Arbeitstreffens ausgesprochen (Von der BI Oststadt/List war bei diesem Plenum niemand anwesend).

Wichtiger als alles andere: Eine "bundesweite" Diskussion über unsere Situation, unsere Erfahrungen und Möglichkeiten

Von einer solchen Diskussion, die über die nächste Aktion hinausreicht und ein politisch breites Spektrum umfaßt, um die Ansätze zur Zusammenarbeit vor allem mit den traditionellen Umweltschutzverbänden zu festigen, erwarten wir uns:

- einen Überblick über den Stand der Bewegung, über positive und negative ~~Erkahn~~ Erfahrungen zu erhalten und zu vermitteln;
- Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren;
- Positionen zu kontrovers diskutierten Projekten (bei uns vor allem: Selbstanzeigenkampagne, Stropreisboycott, Wahl) abzuklären;
- Voraussetzungen zu schaffen, die es im Gegensatz zur heutigen Lage ermöglichen, zentrale Aktionen gemeinsam zu entwickeln und zu tragen (und die z.T. auch Briefe wie diesen hier ~~heraus~~ heraus zu machen);
- unsere Ziele und Schwierigkeiten durchzusetzen, zu machen, und damit unsere relative Isolation abzubauen.

Wir erwarten uns von einer solchen Diskussion nicht die Durchsetzung einer einheitlichen Linie oder eine entscheidende Wende in der Anti-AKW-Bewegung. Wir wollen die Bewegung konsolidieren und von der Situation wegkommen, dauernd aus einem Ohnmachtsgefühl heraus unsere "Stärke" demonstrieren zu müssen.

Einen solchen Diskussionsprozeß einzuleiten haben wir uns vorgenommen (und dies Papier mag ein erster Ansatz dazu sein), und im Rahmen dieser Diskussion soll das Arbeitstreffen an einem bestimmten Punkt eine Zusammenfassung der Diskussion ermöglichen. Das Arbeitstreffen soll also keine Demonstration oder Aneinanderreihung von Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen sein, sondern muß bestimmt sein von den Diskussionen, die vorher in den BIS geführt wurden und anschließend weitergeführt werden. Das bezieht sich gerade auch auf die, mit denen wir in eine intensivere Diskussion treten wollen: eine Unterschrift Heßspielsweise der GLU unter einen Aufruf nützt uns nichts, wenn die GLU dann nur mit einzelnen Beobachtern an diesen Treffen teilnimmt.

Das erfordert ausreichend Zeit, in der sich die SIs mit dieser Idee auseinandersetzen können, sich darüber klarwerden, wie sie sich in diese Diskussion einbringen und was sie von ihr erwarten, Positionen beziehen und Diskussionsbeiträge entwickeln können. Wir haben deshalb den 1./2.7. für dies Arbeitstreffen vorgeschlagen und an diesem Termin auch festgehalten, als uns am 7.5. zugestanden wurde, daß im Zusammenhang mit der Demonstration am 18.6. ein Kongress stattfinden soll, da dieser Kongress am 7.5. eindeutig als "Rahmenprogramm" der "Groß"-aktion verstanden und diskutiert wurde, wonit unser hauptsächliches Anliegen unter den Tisch gefallen wäre.

Nachdem sich bei dem Treffen am 13.5. erfreulicherweise die Idee des Arbeitstreffens gegen die Vorstellung von Jens Scheer u.a. durchsetzen konnte, haben wir erneut überlegt, ob wir unsere Vorstellungen in dem sich jetzt für den 10.6. abzeichnenden Rahmen verwirklichen können. Dafür gibt es für uns folgende Kriterien:

- Der Schwerpunkt des Wochenendes muß eindeutig auf Diskussionen und Erfahrungsaustausch zwischen den BIs liegen, dafür müssen ausreichend Zeit und Tagungsmöglichkeiten für Arbeitsgruppen vorhanden sein. ~~Barxam~~ Zu einer "bundesweiten Großdemonstration" aufzurufen, halten wir für falsch.
- Es muß abgesichert sein, daß die Beteiligung weit über den engeren Kreis der Anti-AKW-Bewegung hinausreicht - und das bezieht sich auf die Beteiligung an dem gesamten Diskussionsprozeß. Gerade bei den traditionellen Verbänden wird dies problematisch sein, zumal diese bis zum 4.6. vollauf mit dem Wahlkampf beschäftigt sein werden.
- Wir können für unsere Idee des Arbeitstreffens keinen Zeitdruck durch zufällig gesetzte Termine akzeptieren, da wir nicht bereit sind, die Chance, die sich uns damit bietet, im Kampf gegen das Energieprogramm einen Schritt voranzukommen, wieder einmal dadurch zu verspielen, daß wir unter moralischem und Zeitdruck nur halbe Sachen zustandebringen. (Damit meinen wir vor allem eine breit getragene inhaltliche Vorbereitung.)

Wir können uns kaum vorstellen, wie diese Forderungen bis zum 10.6. erfüllbar sein sollen, und meinen, daß der 10.6. abgeblasen werden muß, wenn sich unsere Skepsis bestätigt. Auf jeden Fall muß am 20.5. die Diskussion unter diesen Kriterien geführt werden.

Dies Papier soll dazu dienen, daß diese Diskussion offen geführt werden kann, und wir finden es sehr wichtig, daß möglichst viele sich dazu äußern und Stellung nehmen.

Hannover, den 14.5.1978

Info-Gruppe